Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/3276

17. 10. 79

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Hauser (Krefeld), Dr. Zeitel, Frau Will-Feld, Lampersbach, Dr. Häfele, Bahner, Dr. Becker (Frankfurt), Dr. Bötsch, Feinendegen, von der Heydt Freiherr von Massenbach, Pohlmann, Schröder (Lüneburg), Dr. Waigel, Neuhaus, Dr. Köhler (Wolfsburg), Schedl, Sick, Dr. Schwarz-Schilling, Pieroth, Haase (Kassel), Dreyer, Frau Pack, Dr. Hubrig, Müller (Wadern), Kroll-Schlüter, Kiechle, Dr. George, Erhard (Bad Schwalbach), Frau Pieser und der Fraktion der CDU/CSU

zur Beratung des Berichts der Bundesregierung über die Lage der freien Berufe in der Bundesrepublik Deutschland
– Drucksache 8/3139 –

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Bundestag begrüßt die Vorlage des Berichts der Bundesregierung über die Lage der freien Berufe in der Bundesrepublik Deutschland – Drucksache 8/3139 –, die auf Antrag der Fraktion der CDU/CSU vom 14. September 1977 – Drucksache 8/901 – erfolgt ist.

2. Der Deutsche Bundestag sieht in dem Bericht der Bundesregierung und den dem Bericht angefügten Grundsätzen einer Politik für freie Berufe eine wichtige Entscheidungshilfe für die anstehenden Beratungen zur Wiederherstellung von Chancengerechtigkeit für die freien Berufe im Verhältnis zu anderen Berufsgruppen.

3. Der Deutsche Bundestag stellt jedoch fest, daß es nicht bei unverbindlichen Liebeserklärungen gegenüber den knapp 300 000 selbständigen Freiberuflern bleiben dürfe, die immerhin nahezu 5 v. H. aller Erwerbstätigen repräsentieren und 750 000 Arbeits- und Ausbildungsplätze bereitstellen.

4. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, bei der Vorlage von Gesetzentwürfen sowie auch bei ihrer allgemeinen Verwaltungstätigkeit darauf zu achten, daß es zu keiner weiteren Einschränkung des freiberuflichen Betätigungsfeldes kommt, da eine solche Einschränkung

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Tel. 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 5300 Bonn 2, Postfach 2008 21

letztlich zwangsläufig zu einer Einengung des Freiheitsraumes der Bürger führen würde. Eine Vergesellschaftung der freien Berufstätigkeit würde zum Leistungsabbau zu Lasten der Bürger führen.

5. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, den vorgelegten Bericht kontinuierlich fortzuschreiben und dem Deutschen Bundestag künftig angesichts des dynamischen Strukturwandels auch im Bereich der freien Berufe alle zwei Jahre einen fortgeschriebenen Bericht vorzulegen, der auch eine Erfolgskontrolle der von der Bundesregierung eingeleiteten Maßnahmen enthalten soll.

6. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung zu einer zeitgerechten Ergänzung der sog. „Katalogberufe" im § 18 Abs. 1 Nr. 1 EStG auf, durch die die notwendige Gleichbehandlung neuer Gruppen von freien Berufen gesetzlich abgesichert werden könnte und manche unnötige Auseinandersetzung zwischen der Finanzverwaltung und den Steuerpflichtigen vermieden werden könnte.

7. Der Deutsche Bundestag bedauert, daß die Bundesregierung Punkt 9 des Berichtsauftrages, die Krankheits-, Alters- und Hinterbliebenenversorgung der freien Berufe im Vergleich zu der der anderen Selbständigen sowie der Arbeitnehmer im privaten und öffentlichen Bereich in bezug auf ihre unterschiedliche steuerliche Belastung zu prüfen, nicht nachgekommen ist, sondern auf ein wissenschaftliches Forschungsvorhaben verweist, das immer noch nicht abgeschlossen ist. Der Deutsche Bundestag begrüßt aber die Feststellung der Bundesregierung:

   „Die steuerliche Gleichbehandlung, insbesondere von Vorsorgeaufwendungen der Selbständigen und der Arbeitnehmer ist grundsätzlich zu gewährleisten", und fordert die Bundesregierung auf, in Erfüllung dieser Erklärung die Hälfte der Vorsorgeaufwendungen der Selbständigen analog dem Arbeitgeberbeitrag zur Sozialversicherung der Arbeitnehmer bis zur jeweiligen Höhe der Beitragsbemessungsgrenze in der Sozialversicherung steuerfrei zu stellen und im Bereich der betrieblichen Altersversorgung die Möglichkeit der steuerbegünstigten Direktversicherung auch für die Selbständigen zu eröffnen.

8. Der Deutsche Bundestag begrüßt, daß die Bundesregierung an einem Gesetzentwurf zur Änderung des Beamtenrechtsrahmengesetzes und des Bundesbeamtengesetzes arbeitet mit dem Ziel, die Voraussetzungen für die Nebentätigkeit von Beamten und sonstigen Angehörigen des öffentlichen Dienstes besser als bisher einzugrenzen. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, den angekündigten Gesetzentwurf so rechtzeitig vorzulegen, daß er noch in der 8. Legislaturperiode beraten und verabschiedet werden kann.

9. Der Deutsche Bundestag bedauert, daß die Bundesregierung bei der Erfüllung von Punkt 5 des Berichtsauftrages zu den drängenden Nachwuchsproblemen in den freien Berufen nicht Stellung genommen hat, sondern sich hinter die Ergebnisse eines noch gar nicht vorliegenden Forschungsauftrages zurückziehen will.

10. Der Deutsche Bundestag bedauert, daß die Bundesregierung in Erfüllung von Punkt 8 des Berichtsauftrages die Chance versäumt hat, ein klares Bekenntnis zur Entstaatlichung öffentlicher Dienstleistungen im Bereich der freien Berufe dort, wo sie möglich und sinnvoll ist, abzulegen, und sich auf insgesamt unbefriedigende Ausführungen im Bereich des Bauwesens beschränkt.

11. Der Deutsche Bundestag bekennt sich zu den freien Berufen als einer tragenden Säule unseres Gesellschafts- und Wirtschaftslebens und zu ihrer Aufgabe, dem einzelnen Bürger mit persönlichem Rat und Hilfe bei der Lösung seiner Probleme zur Seite zu stehen.

Bonn, den 17. Oktober 1979

Hauser (Krefeld)
Dr. Zeitel
Frau Will-Feld
Lampersbach
Dr. Häfele
Bahner
Dr. Becker (Frankfurt)
Dr. Bötsch
Feinendegen
von der Heydt Freiherr von Massenbach
Pohlmann
Schröder (Lüneburg)
Dr. Waigel
Neuhaus
Dr. Köhler (Wolfsburg)
Schedl
Sick
Dr. Schwarz-Schilling
Pieroth
Haase (Kassel)
Dreyer
Frau Pack
Dr. Hubrig
Müller (Wadern)
Kroll-Schlüter
Kiechle
Dr. George
Erhard (Bad Schwalbach)
Frau Pieser
Dr. Kohl, Dr. Zimmermann und Fraktion